



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

2/X/223 - 27. 9. 1955

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31-33
Fernschreiber 039 890

Hinweise
auf den Inhalt:

Der Bundesfinanzminister und die Sozialreform	S. 1
Erdölausbeutung - Zankapfel in Italien	S. 3
Mainz - die "amputierte Stadt"	S. 5

Steine für Brot

Von Prof. Dr. Ludwig Preller, MdB.

So deutlich hat Herr Schäffer noch nie gesagt, dass er "Kürzungen von Sozialleistungen" anstrebt, wie in seiner jetzt bekanntgewordenen Stellungnahme zu den Sozialreform-Vorschlägen des Bundesarbeitsministers. Es liegt dem Finanzminister offenbar nicht daran, "durchweg nur Verbesserungen" durch die Sozialreform zu erhalten; seine Absicht geht dahin, das "klassische Subsidiaritätsprinzip im vollen Umfang" zur Geltung zu bringen.

Was heisst das? Nichts anderes, als dass Herr Schäffer und sein Referent "Subsidiarität" und "Fürsorge" verwechseln und unter dem Stichwort "Verbesserung der Bezüge der 'wirklich Notleidenden'" die Bedürftigkeitsprüfung anstelle des Rechtsanspruchs auch bei der Rentengewährung einführen wollen.

Damit ist die Katze aus dem Sack. Noch vor zwei Jahren hat Herr Schäffer dem Sprecher der SPD gegenüber im Bundestag öffentlich versichert, dass er in der Rentenversicherung am Rechtsanspruch festhalten wolle. Das ist heute vergessen. Die Sozialreform ist für Herrn Schäffer Mittel zur Zweck einer allerdings insofern "umfassenden Sozialreform", nämlich einer Umachichtung des Sozialgefüges in "Bedürftige" und "Nichtbedürftige". Das gab es einmal im Mittelalter, in dessen Sozialvorstellungen der "Arme" Gelegenheit zur "Mildtätigkeit" gab. Heute sollte aber eine wirkliche Sozialreform die letzten Reste

27. 9. 1955

solcher überkommenen Auffassungen ausräumen.

Herr Schäffer bezieht sich auf das "Subsidiaritätsprinzip" - wonach die jeweils kleinere Gemeinschaft Vorrang zur Leistung hat - , ein Prinzip, das nach päpstlicher Auslassung den "obersten sozialphilosophischen Grundsatz" der katholischen Soziallehre bildet. Gerade jetzt aber ist - auf einer DGB-Veranstaltung in Hattingen - von einem scharfsinnigen Vertreter des Münsterer Instituts für (katholische) christliche Gesellschaftslehre darauf hingewiesen worden, dass dieses Prinzip "nur Formalprinzip" ist, das jeweils durch "sozialwissenschaftliche Ausführungen" Untersuchung der tatsächlichen Lage inhaltlich ausgefüllt werden müsse.

Eine solche Untersuchung dürfte ergeben, dass das Anliegen Herrn Schäffers, Bedürftigkeitsprüfungen einzuführen, nur seinem fiskalischen Interesse dienen soll, während das Festhalten des Bundesarbeitsministers am Rechtsanspruch der wahren Lage der Rentner entspricht. Die Finanzprobleme, die die Sozialreform aufwirft, können vom Subsidiaritätsprinzip aus überhaupt nicht gelöst werden. Hier hilft nur eine durchgreifende Verbesserung der Gesundheitsverhältnisse der Gegenwart durch Gesundheitsvorsorge, verstärkte Vorbeugung und auch - freiwillige! - Rehabilitation unter Einsatz entsprechender Mittel, die entscheidende Einsparungen gerade in jenen Zeitpunkt bringen werden, wenn die Zahl der alten Rentner steigt. Wie kann Herr Schäffer ausserdem gerade in diesem Augenblick von Finanzrücksichten sprechen, wo alle Welt und er selbst auf die Steuerüberschüsse hinweisen, wo Herr Schäffer rund 700-Millionen DM alte Schulden aus Steuermitteln abdeckt und wo die Rentenversicherung ein Vermögen von etwa sieben Milliarden DM aufweist. Sollen Rentner darben oder der Bedürftigkeitsprüfung ausgesetzt werden, während die anderen Volksglieder an einem steigenden Wohlstand teilhaben?

Einsparungen heute zu Gunsten des Wehretats, wie sie Herr Schäffer vorhat, bedeuten dagegen gar nicht anderes, als dass in den Überlegungen des Bundesfinanzministers der Soldat den Vorrang vor dem Rentner und dem Kriegsoffer haben soll. Aber ohne soziale Sicherung gibt es keine guten Soldaten - das sollten sich auch die wehrfreudigen Regierungsmitglieder sagen.

Und ein "Soziales Grundgesetz", auf das heute manche Kreise der Koalition mit Herrn Schäffer zusammen zusteuern, führt nur dazu, dass die von Herrn Schäffer apostrophierten Verbesserungen der Sozialleistungen überhaupt nicht mehr in diesem Bundestag vollzogen werden. An ihre Stelle sollen "Grundsätze" treten: Steine für Brot!

Erdöl - Italiens Hoffnung und Zankapfel

PE - Rom, Erde September

Mit unverhohlener Genugtuung gab Ministerpräsident Segni dieser Tage seinen Kollegen und der italienischen Öffentlichkeit bekannt, dass in Valle Cupa in den Abruzzen, unweit des Adriahafens Pescara, in einer Tiefe von nur 500 m unter der Erde ein vielversprechendes Erdölvorkommen erbohrt worden ist. Fünfhundert Tonnen Rohöl pro Tag hoffen die Techniker an dieser Stelle fördern zu können, und da bei Alanno, in nächster Nähe von Valle Cupa, bereits zu Beginn dieses Jahres Petroleum in ähnlichen Mengen gefunden werden konnte, verstärkt sich die Hoffnung, dass sich der adriatische Abhang der Abruzzen als ein ergiebiges, zusammenhängendes Erdölgebiet erweisen werde.

Die Ausserhandelsbilanz Italiens ist trotz aller unternommenen Anstrengungen bisher stets in hohem Masse passiv gewesen, und das Defizit beträgt noch immer rund ein Drittel der Gesamteinfuhren. Hier von wird freilich ein erheblicher Teil durch die unsichtbarer Einnahmen aus dem Fremdenverkehr wettgemacht, aber ein voller Ausgleich der Zahlungsbilanz, der Italien von ausländischer Finanzhilfe unabhängig machen würde, wäre nur dann möglich, wenn es gelänge, die Brennstoffimporte ganz oder doch grösstenteils durch eine eigene Produktion von Rohöl zu ersetzen. So könnten Erdölfunde von bedeutendem Ausmass gerade für Italien eine geradzum fundamentale wirtschaftspolitische Bedeutung erlangen. Hierzu kommt weiter noch die Aussicht, der unter chronischer Unterbeschäftigung leidenden Bevölkerung der neuen Ölgebiete Brot und Arbeit in den Gruben und in den zu errichtenden Raffinerien zu verschaffen. Aber das Petroleum bildet heute nicht nur eine Hoffnung, sondern es stellt auch einen innerpolitischen Zankapfel dar. Man ist versucht, an die Haut des Bären zu denken, um derentwillen sich die Wägen in die Haare geraten, noch ehe der Bär wirklich erlegt ist, denn lange bevor noch italienisches Erdöl in nennenswerten Mengen gefördert worden ist, hat sich um seinerwillen ein heftiger Streit zwischen den Anhängern der Privatinitiative und denen der Planwirtschaft entwickelt.

Privatinitiative - das heisst unter den in Italien gegebenen Verhältnissen: Ausbeutung der Ölvorkommen durch das amerikanische Ölkapital in Verbindung mit der italienischen chemischen Grossindustrie. (Montecatini-Konzern). Planwirtschaft wiederum bedeutet in diesem Fall

nicht mehr und nicht weniger als eine Nationalisierung der Ölquellen nach persischem Vorbild. Es sind insbesondere die Kommunisten, die seit Jahr und Tag fordern, der Staat müsse durch ein Nationalisierungsgesetz verhindern, dass das italienische Erdöl durch ausländische Kapitalistengruppen ausgebeutet werde, statt ganz dem italienischen Volke zugutezukommen. In weniger demagogischer Form wird ein Schutzgesetz, das dem Privatkapital zumindest starke Kontrollen auferlegen soll, auch von den der Regierungskoalition angehörenden Sozialdemokraten sowie von einem Teil der Christlichen Demokraten gefordert.

Eingegen tritt die Rechte, von den Monarchisten bis zu den Liberalen, für eine Regelung ein, die dem Privatkapital einen weiten Spielraum lässt. Die Vertreter dieser Auffassung meinen, nur die grossen, über unbeschränkte finanzielle und technische Mittel verfügenden amerikanischen Ölfirmen seien praktisch in der Lage, die Erdölvorkommen Italiens auch wirklich nutzbar zu machen, und deshalb müsse der Staat alles tun, um ausländische Interessenten nicht nur nicht auszuschalten, sondern durch Gewährung von materiellen Vorteilen anzulocken.

Die Meinungsgegensätze in dieser Frage erwiesen sich auch innerhalb der Regierungskoalition als so stark, dass das Gesetz, das die Ausbeutung der italienischen Erdölvorkommen regeln sollte, von der Regierung Scelba gleich so vielen anderen "heissen Eisen" liegen gelassen wurde, weil sich die Koalitionsparteien nicht darüber einigen konnten.

So stellt denn auch dieses Gesetz eine der heiklen Erbschaften dar, die Segni von seinem Vorgänger übernommen hat. Die neuen Erdölfunde in Valle Cupa haben die Dringlichkeit dieses Problems von neuem erwiesen, und es wird der Regierung Segni nicht erspart bleiben, die überfällige gesetzliche Regelung der Frage nunmehr bald in Angriff zu nehmen. In Anbetracht der sehr grossen privaten und öffentlichen Interessen, um die es hierbei geht, dürfte es alles eher als einfach sein, zu einer für alle Teile halbwegs akzeptablen Kompromisslösung zu gelangen.

Vor zehn Jahren verlor Mainz seine Vororte

K.H. Mainz

In diesen Tagen jährt sich zum zehnten Male der bittere Augenblick, an dem durch eine Anordnung des damaligen Oberbefehlshabers der US-Truppen, General Eisenhower, der Stadt Mainz der grösste Schaden neben den Luftbombardements zugefügt wurde: Entlang des Rheines senkte sich zwischen der damals neu gebildeten amerikanischen und französischen Besatzungszonen der "seidene Vorhang" nieder und amputierte dabei alle rechtsrheinischen Mainzer Vororte von dem Kern der Stadt ab. Damit entstand ein Zustand, der in Mainz sowohl wie in den sechs verlorenen Vororten seitdem als ein Unrecht angesehen wird und periodisch zum Anlass drängender Apelle des Oberbürgermeisters und des Stadtrates sowie zahlreicher Organisationen an alle nur möglichen Instanzen der Bundesrepublik genommen wird.

Auch in diesem Jahr wird in der Stadt links und rechts des Rheines wieder die Frage gestellt: Wie lange muss Mainz noch warten? Der Oberbürgermeister hat in einer umfangreichen Stellungnahme noch einmal alle Erklärungen aus dem Land Hessen und aus der Stadt Wiesbaden, von der die abgetrennten Vororte zur Zeit treuhänderisch verwaltet werden, veröffentlicht und damit dargetan, dass die Mainzer Forderungen im Grunde genommen überall anerkannt werden. Trotzdem bleibt Mainz amputiert und auch die Hoffnungen auf eine Änderung der Situation im Zusammenhang mit der vom Grundgesetz vorgeschriebenen innerdeutschen Länderreform sind recht mager geworden. Die strittigste Frage der Neuregelung, die Zukunft von Rheinland-Pfalz, dessen Hauptstadt ironischerweise gerade Mainz ist, überschattet das Schicksal der "amputierten Stadt" ganz. Selbst dem Ministerpräsidenten ist eine geteilte Hauptstadt lieber als gar kein Land, weshalb er auch als treuer Paladin des Bundeskanzlers die rettende Länderreform bis zum Tage einer Wiedervereinigung Gesamtdeutschlands verschieben möchte.

Oberbürgermeister Stein von Mainz hat sich nun zum zehnten Jahrestag ein anderes Mittel ausgedacht, wie er die Mainzer Wiedervereinigung ins Rollen bringen könnte: In einem Telegramm an alle Autoritäten der Bundesrepublik und alle Bundestagsabgeordneten fordert er ein Sondergesetz für die geteilte Stadt - eine Lex Mainz. Er bezieht sich dabei auf den Grundgesetz-Artikel 29, Abschnitt VII. Dort heisst es: "Das Verfahren über jede sonstige Änderung des Gebietsstandes der Länder

regelt ein Bundesgesetz, das der Zustimmung des Bundesrates und der Mehrheit der Mitglieder des Bundestages bedarf." Dieser Abschnitt meint also nach seiner Ansicht kleinere Änderungen, die nichts mit der grossen Neuregelung zu tun haben, und dazu gehört eben auch die Zusammenführung der beiden Teile von Mainz. Dieser Abschnitt hat für Mainz auch den grossen Vorteil, dass er keine formalen Ausreden zulässt, es sei denn, man legt, wie schon angedeutet, den ganzen Artikel 29 auf Eis.

Eine menschliche Frage

Die Wiederherstellung der Mainzer Einheit ist nicht in erster Linie eine wirtschaftliche Frage, wie man vielleicht annehmen könnte und wie schon mehrfach mit einem schiefen Blick auf den Stadtsäckel hämisch behauptet worden war. Es ist in erster Linie eine menschliche Frage, nachdem Jahrzehnte, beinahe Jahrhunderte, die vielfältigsten verwandtschaftlichen, menschlichen und kulturellen Fäden hin und her gewoben haben. Natürlich hängt neben anderen Faktoren die Bedeutung einer Stadt auch von ihrer Grösse ab und dabei spielt es dann eine Rolle, dass einer Stadt wie Mainz jahrelang die Verwaltung der Hälfte ihres Gebietes und etwa 40 000 Menschen entzogen sind, obwohl sie ihr rechtlich zustehen. Es wurde sogar schon der Verdacht geäussert, dass der Reichtum an besiedlungsfähigen Boden und an unerschlossenem Industrie-Gelände in dem verkehrsgünstigen rechterheinischen Gebiet der tiefste Grund für die ständige Verschleppung der Rückgliederung sei.

Wie wäre es wohl, wenn etwa Köln oder Düsseldorf einfach in zwei Teile getrennt worden wären? Es lässt sich leicht vorstellen, dass dann wirksamere Kräfte am Werk wären, um einen solchen widersinnigen Zustand zu beseitigen. Leider hat jedoch nicht jede Stadt das Glück, dass ihr Oberbürgermeister einmal Bundeskanzler wird ... So bleibt, wenn der Mainzer Oberbürgermeister auch diesmal mit seinen Forderungen keinen Erfolg haben sollte, der Stadt und ihren Bürgern auch im nächsten Jahr zur Festnachtszeit nichts anderes, als mit bitterem Humor zum soundsovielten Male die Pointen dieser kleinen Tragödie im Schlagschatten der grossen Politik zu besingen.

+ + +

Verantwortlich: Peter Kaunax